

Stellungnahme und Antworten zum Fragenkatalog zur Öffentliche Anhörung „Internationale Digitalpolitik“

Von: Geraldine de Bastion

*Geraldine de Bastion ist Gründerin und Vorstand Global Innovation Gathering (internationales Netzwerk von Innovation Hubs und digitalen Innovator*innen), Gründerin und Co-CEO Beratungsagentur Konnektiv, Organisatorin re:publica Ghana, Arte Doku "Digital Africa"*

Inhalt

Stellungnahme	1
Fragenkatalog.....	2
Zur Autorin.....	17

Kontaktdaten:

Geraldine de Bastion

Global Innovation Gathering e.V. <https://globalinnovationgathering.org/>

Konnektiv GmbH <https://konnektiv.de/>

Wilhelmine Gemberg Weg 14, 10179 Berlin

geraldine@globalinnovationgathering.org / geraldine@konnektiv.de

Stellungnahme

Wir leben in einer zunehmend digitalen Welt. International glänzen jedoch leider weder Deutschland noch Europa mit digitalen Innovationen. Europa wäre sehr gut beraten, sich nicht als Wohlstands- und Moralhüter und Länder des globalen Südens, insbesondere Länder in Afrika, nicht mehr nur als Bittsteller und Empfänger unserer Zuwendung zu sehen. Neben den USA und China ist Europa derzeit noch ein relativ unbedeutender Player, der, aus Sicht der großen Digitalkonzerne, durch Regulierungsmaßnahmen wie der DSGVO versucht, sie auszubremsen. Allerdings versucht die DSGVO das Machtungleichgewicht auszugleichen und Individuen vor der Übermacht von Konzernen oder Staat zu schützen. In einer Achse zwischen der Silicon Valley Plattformökonomie und chinesischen Social Credit Systemen und anderen Kontrollmechanismen, wird Europa in Zukunft nur relevant sein, wenn man lernt zu kooperieren. In vielen Ländern Afrikas steht Digitalisierung viel weiter oben auf der zivilgesellschaftlichen und politischen Agenda als in Deutschland. Viele Regierungen zeigen großes Interesse und Investitionsbereitschaft für den Ausbau digitaler Infrastruktur. Es besteht keine klassische Trennung mehr zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen, was digitale Innovationskraft angeht. Das Selbstverständnis, dass Entwicklungszusammenarbeit ein reziproker Austausch ist, bei dem beide Seiten partnerschaftlich zusammenarbeiten und gegenseitiges Lernen stattfindet, sollte einer modernen Entwicklungszusammenarbeit zugrunde liegen.

Digitalisierung verändert internationalen Zusammenarbeit. Digitale Instrumente können neue Kooperationsformen ermöglichen. Direkte Kommunikation mit verschiedenen Organisationen, Interessengruppen und Bürgern ist möglich, ebenso wie offene Prozesse und offene Daten. Dieses Potenzial muss genutzt werden um alte, intransparente Strukturen zu Gunsten neuer, partizipativer und transparenter zu ersetzen. Zudem sollten die Empfänger*innen und Förderinstrumente überholt werden. Entwicklungszusammenarbeit findet heute meist zwischen Regierungsinstitutionen und im Rahmen von Kooperationen mit großen Firmen und anderen etablierten großen Organisationen statt. Innovation nicht. Innovationen entstehen häufig in zivilgesellschaftlich betriebenen Hubs, Makerspaces, Startups, Graswurzelorganisationen und anderen lokalen Initiativen. In vielen Ländern entstehen innovative Lösungen für soziale und ökonomische Bedarfe, von der Herstellung von Lehrmitteln bis hin zur Lieferung von Blutkonserven, die oftmals fehlende öffentliche Versorgung und Infrastruktur kompensieren. Viele Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, haben Accelerator Programme aufgesetzt, weil es attraktiv ist, Startups zu fördern. Anstatt sich nur auf die Förderung einzelner Akteure zu fokussieren, sollte ein/der systemischer Kapazitätsaufbau gefördert werden.

Stattdessen könnte die Entwicklungszusammenarbeit für mehr Chancengleichheit sorgen und bereits existierende lokale Initiativen unterstützen und sich für den Aufbau offener Infrastrukturen und gemeinwohlorientierter Ressourcen einsetzen: z.B. durch öffentlich zugängliche, transparente Maßnahmen auch kleine, Akteure dabei zu fördern, effektive Lösungen zu entwickeln und zu skalieren. Bevorzugt sollten offene im Sinne von Open Source, replizierbare und adaptierbare Lösungen gefördert werden. Regierungen könnten dabei unterstützt werden, neue Kooperationen und Formen der Zusammenarbeit mit innovativen, etablierten Grasswurzel-Akteuren einzugehen.

Deutschlands geplante internationale Digitalstrategie sollte diese Aspekte berücksichtigen und ein Instrument sein, um Allianzen für eine demokratische und offene Weiterentwicklung des Internets zu schaffen und zu festigen, sowie Agenden für eine Green- und Just Transition mit der digitalen Transformation in Einklang zu bringen.

Fragenkatalog

1) Worauf sollte der Fokus einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik liegen und wie können Deutschland und Europa hier besser aufgestellt werden?

Fokus einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik sollte sein, Allianzen für eine demokratische und offene Weiterentwicklung des Internets zu schaffen und Agenden für eine Green und Just Transition mit der digitalen Transformation in Einklang zu bringen. Leitgedanken einer solchen Strategie sollten Kollaboration, Offenheit und Nachhaltigkeit sein.

- Kollaboration - Digitale Transformation ist ein globaler Prozess. Digitale Innovationen finden überall auf der Welt statt und Deutschland und Europa brauchen Allianzen, um in Zukunft mit Hinblick auf unterschiedliche Ebenen wie Fachkräftemangel, Absatzmärkte etc. wettbewerbsfähig zu bleiben. Internationale Digitalpolitik soll gewährleisten, dass die durch die Digitalisierung entstehenden bzw. verstärkten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten vermindert oder sogar eliminiert werden. Dabei ist es notwendig, dass digitale Technologien nicht nur in ihrer Nutzung inklusiv werden, sondern auch in ihrer Entwicklung und Gestaltung.
- Offenheit - Internationale Digitalpolitik sollte nicht protektionistisch, sondern offen sein, hierfür hat der Koalitionsvertrag mit seiner Forderung, international digitale Souveränität zu stärken, einen wichtigen Grundpfeiler gelegt. Internationale Digitalpolitik sollte auf den Aufbau offener, gemeinwohlfördernder Ressourcen setzen, Redundanzen vermeiden, und ressourcenschonend agieren und hierfür auf die Nutzung von Open Source Tools für globale Entwicklung setzen. Open Source

sollte als Bedingung oder mindestens Priorität bei der Einrichtung öffentlicher digitaler Infrastrukturen etabliert werden, bspw. als Bedingung in öffentlichen Ausschreibungen. Hierdurch würde auch eine indirekte Förderung der Weiterentwicklung offener Standards und Technologien stattfinden.

- Nachhaltigkeit - Digitalisierung ist kein Ziel an sich, sondern die Weiterentwicklung der Menschheit und diese ist nur im Einklang unserer planetaren Grenzen möglich. Green und Just Transition sollten als Zielwerte digitaler Transformation verstanden werden und entsprechend sollte dies in zukünftigen Strategien berücksichtigt werden.

2) Welche Rolle sollte Deutschlands internationale Digitalpolitik in der Europäischen Union einnehmen?

Deutschland kann in der EU sehr gut die Stärken unseres Landes vertreten: Zu den Bereichen, in denen Deutschland führend ist und andere EU Länder lernen können gehört unsere diverse und digitale Zivilgesellschaft, Deutschlands Vorreiterrolle in Open Source Entwicklungen, unsere Erfahrung in der Digitalisierung von Industriebereichen sowie in der Verschränkung der Ziele von Green Transition und digitalem Wandel. In diesen Themenbereichen, sowie in dem in dieser Legislaturperiode etablierten Schwerpunkt feministische Digitalpolitik kann Deutschland den Diskurs in der EU voranbringen und stärken.

3) Inwiefern beeinflusst eine zunehmend multipolare Weltordnung die Arbeit der traditionellen Institutionen in der Internet Governance und welche Folgen hat das für das offene und freie Netz und den Zugang dazu oder den Schutz der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheiten? Inwiefern wird auch mit unlauteren Methoden versucht, die internationale Normierungs- und Standardisierungsgremien geopolitisch unterwandern, etwa zur technischen Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen oder zur Marktabstottung? Was sollte daraus für die deutsche und europäische Strategie internationaler Digitalpolitik folgen?

Es gilt die Weisheit, Technologie ist nur so lange neutral, bis sie genutzt wird. Das Gleiche gilt für Normen. China nutzt seit einigen Jahren das Instrument Normen und Standards, um neue technische Abhängigkeiten zu schaffen im Rahmen ihrer „One Belt, One Road“ Initiative. Das passiert in Industrienormen ebenso wie im Digitalen. Die Sorge besteht, dass hierdurch Angebote aus anderen Weltregionen benachteiligt werden und zudem die Normung als Instrument zur Förderung von Technologien missbraucht werden, die demokratische Werte und Menschenrechte in Frage stellen. Beispiel hierfür ist der Versuch, WAPI statt WIFI als neuen Standard für drahtlose

Internetverbindungen zu etablieren mit dem Argument, dass WAPI leistungsfähiger sei. Jedoch schützt WAPI die Privatsphäre seiner Nutzer*innen weniger gut als der etablierte WIFI Standard. Europa und Deutschland sollten dies ernst nehmen und sich entsprechend überlegen, wie diesem zunehmenden Systemwettbewerb Bestrebungen begegnet werden kann. Zu befürchten ist, dass sich zwei Blöcke mit unterschiedlichen Standards herausbilden.

Wenn Europa seinen kooperativen Ansatz international durchsetzen möchte, braucht es Verbündete, auch oder insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Wir müssen Verbündete von den Vorteilen unserer Ansätze überzeugen und um dies zu tun sollten die Vorteile sich nicht nur auf Macht oder Wohlstandserhalt in Deutschland bzw. Europa oder der Dominanz unseres Wertesystem beruhen, sondern Vorteile für alle, die diese Standards und Normen adaptieren mit sich bringen. (Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 8 und Neutralität gegenüber Partnerländern)

4) Für welche konkreten Maßnahmen sollten finanzielle Mittel für eine internationale Digitalpolitik verwendet werden?

Finanzielle Mittel sollten für die Schaffung von offenen Infrastrukturen und offene digitale Ressourcen bereitgestellt werden, insbesondere für digitale Güter zur Förderung des Gemeinwohls, die der sozialen, nachhaltigen Transformation in Deutschland wie in unseren Partnerländern dienen. Gemeinsame Datenräume und Ko-Kreationsprogramme für Forschung und Innovation sollten gefördert werden, ebenso wie Rahmenbedingungen, welche die Entwicklung freier, demokratischer und offener digitaler Gesellschaften fördern, inklusive freier Märkte, statt der Dominanz einzelner Plattformen und Anbieter.

Die deutsche internationale Zusammenarbeit kann noch stärker auf die Förderung lokaler Initiativen und Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen setzen und so für mehr Chancengleichheit sorgen, als es bisher der Fall ist. Hierfür sind insbesondere Digital Innovation Hubs (DIH) und offene Werkstätten zentrale Akteure, die in ihren Communities gut vernetzt sind und die als Multiplikatoren und Zentren wirken, um lokale Initiativen zusammenzubringen und Infrastruktur für sie bereitzustellen.

Brücken zwischen großen staatlichen Digitalisierungsprojekten und den Grassroot-Innovations-Communities können durch neue, offenere Formen der Zusammenarbeit gebaut werden. Initiativen wie i4Policy haben hierfür Methoden entwickelt, die in unterschiedlichen Kontexten angewendet werden können. Durch Multistakeholder-Ansätze kann besser auf die Expertise von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugegriffen werden, während diese von staatlicher Anerkennung, Unterstützung und Einblick in Verfahren und Prozesse profitieren können. Zivilgesellschaftliche

Organisationen und Einzelpersonen sollten für die Bereitstellung ihrer Expertise in diesen Prozessen eine Aufwandsentschädigung erhalten. In Zukunft sollten die Handelnden staatlicher Entwicklungszusammenarbeit die Arbeit in Netzwerken sowie die Förderung von Netzwerkarbeit und Strukturen stärker unterstützen. Netzwerke und Multiakteurspartnerschaften können dabei helfen, unterschiedlich innovativ und agil arbeitende Akteur*innen zusammenzubringen, wie zum Beispiel im Rahmen der [FabCities](#) Initiative. So kann auch die Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden. Die Kooperation zwischen staatlichen Skalierungseinheiten und globalen Netzwerkakteur*innen kann in Zukunft ein wichtiges Instrument zur Skalierung von Lösungen sein und eine Alternative zur pilotprojekt-gesteuerten Förderlogik darstellen. Auch die Einrichtung flexibler, offener Funds nach Vorbild des OTF oder des [Prototype Funds](#) können wichtige Instrumente sein, um Kooperation mit innovativen, gemeinwohlorientierten Akteur*innen zu ermöglichen und erfolgreich auszugestalten. Die Einrichtung des Sovereign Tech Fund ist ein guter Schritt in diese Richtung. (Siehe auch Antwort 12) Die Stärkung gemeinsamer Forschungs- und Innovationsprojekte könnte durch die stärkere Öffnung von Programmen wie Horizon Europe oder Schaffung ähnlicher Förderprogramme für Kooperation und Co-Kreation mit Partnern aus dem Globalen Süden erreicht werden.

5) Könnten und sollten digitalpolitische Überlegungen bei den handelspolitischen Entscheidungen und Initiativen der Bundesregierung und der Europäischen Union stärker einfließen, bspw. bei der Ausarbeitung von Handelsabkommen – falls ja, in welcher Form?

Der digitale Wandel ist von erheblichen Ungleichheiten geprägt. Vereinte Nationen-Studien zeigen, dass Entwicklungsländer und Schwellenländer bisher nur geringe Anteile am globalen digitalen Handel erreichen und oft Handelsdefizite im Online-Handel verzeichnen. Sieben US- und chinesische Unternehmen beherrschen über 70 Prozent des digitalen Plattformmarktes. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat immer noch keinen Internetzugang. Die Pandemie hat Daten, Gewinne und Macht weiter konzentriert. Alphabet, Amazon, Apple, Microsoft und Tesla haben ihre Börsenwerte mehr als verdoppelt.

Reichere Länder streben globale e-Commerce Abkommen an, während Länder, die nicht beteiligt sind, Bedenken haben, dass sie dauerhaft benachteiligt werden könnten. Die WTO-Mitglieder haben 2022 das Moratorium für Zölle auf "elektronische Übertragungen" verlängert, was Finanztransaktionen von Streaming-Diensten bis zu Unternehmensdatenströmen im Wert von Hunderten von Milliarden Dollar pro Jahr von Zöllen befreit. Dieses Moratorium besteht seit 1998 und wurde auf Drängen des

Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Wirtschaftsdachverbandes DIHK verlängert.

Südafrika und Indien waren zunächst dagegen, da ihnen dadurch hohe Zolleinnahmen entgehen würden. Viele Entwicklungsländer forderten, den digitalen Graben zwischen reichen und armen Ländern zu schließen, bevor Zölle aufgehoben werden. Die Verlängerung gilt mindestens bis zur nächsten Ministerkonferenz Ende 2023 und spätestens bis zum 31. März 2024.

Einige Länder des globalen Südens, darunter Indien und Nigeria, unternehmen Schritte, um ihre Abhängigkeit von großen digitalen Plattformen zu verringern und eine eigene Digitalwirtschaft aufzubauen. Nigeria verlangt von ausländischen Dienstleistern, Kundendaten im Land zu speichern, was von den USA und Deutschland kritisiert wird, da es den freien Datenfluss behindert.

Die UNCTAD lehnt es ab, Daten in Handelsabkommen zu behandeln, da sie multidimensional sind und menschenrechtliche sowie sicherheitspolitische Aspekte beinhalten, die nicht wie Waren oder Dienstleistungen behandelt werden sollten (Digital Economy Report, UNCTAD, 2021). (Siehe hierzu auch <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2019-gerechtigkeit-40/>)

Multinationale Abkommen sollten einzelne Staaten nicht in ihrer Handlungsfreiheit einschränken, die eigenen Digitalindustrien zu fördern.

6) In der Vergangenheit wurde vielfach gefordert, die EU solle bei der Regulierung ihres digitalen Ökosystems einen „dritten Weg“ verfolgen – in bewusster Abgrenzung zu chinesischem Techno-Autoritarismus und US-Digitalwirtschaft. Betrachten sie diesen Ansatz, in Anbetracht der Zeitenwende und mit ihr einhergehenden Aufforderungen zur stärkeren digitalpolitischen Zusammenarbeit und Verflechtung mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern, als überholt?

Auf globaler Ebene existiert ein Wettlauf um digitale Vorherrschaft. Dies betrifft die Infrastrukturebene, die Datensammlung, Anwendungen (inkl. KI) und auch Betriebssysteme. In Europa wird dieser bislang noch relativ wenig beachtet. Die digitalen Expansionspläne im Rahmen der „One Belt, One Road Initiative“ Chinas oder die afrikanischen KI-Datenzentren der US Amerikanischen Big Tech Unternehmen, sowie die Abhängigkeit von (US-) Märkten insbesondere der Gig-Ökonomie aber auch bezüglich der Applikationen für kritische Infrastruktur, wie beispielsweise Krankenhäuser, sind in Europa nur selten im Fokus medialer Aufmerksamkeit oder Gegenstand politischer Debatten.

Während die USA und China sich in diesem Wettlauf befinden, versucht die EU einen alternativen, demokratie-orientierten Ansatz der digitalen Souveränität zu entwickeln. Durch Regulierungen wie z.B. der [Digital Markets Act \(DMA\)](#), der [Digital Services Act \(DSA\)](#) und die [KI Verordnung](#) wird dieser Ansatz umgesetzt. In der EU und auf deutscher Ebene ist die digitale Souveränität ein Konzept, das in Anbetracht der wachsenden Abhängigkeiten zwischen den beiden digitalen Großmächten an Bedeutung gewinnt. Dieser dritte Weg sollte weiterverfolgt werden, nicht nur um die digitale Souveränität von Bürger*innen in der EU zu gewährleisten und ihre Rechte vor der Übermacht des Staates (China) oder von Firmen (USA) zu schützen, sondern auch um demokratische Partner global zu unterstützen, durch Kooperationsangebote auf Augenhöhe statt durch technische Dominanz.

Die USA befinden sich mit der Biden-Regierung derzeit in einer politischen Phase in der transatlantischen Nähe zu Europa und die EU sollte sich als starker transnationaler Partner zeigen. Mit der nächsten US-Wahl kann sich diese Situation jedoch schnell und dramatisch ändern. Dementsprechend sollte die EU ihren dritten Weg weiterverfolgen und Deutschland diesen unterstützen.

7) Wie kann eine demokratische Internet Governance langfristig gesichert werden? Welche Rolle spielen dabei bestehende Formate wie der IGF, der geplante Global Digital Compact und transnationale Organisationen wie ICANN (insbesondere mit Blick auf den multistakeholder Ansatz und die Einbindung der Zivilgesellschaft)?

Unsere digitale Welt hat sich seit WSIS stark verändert, die Plattformökonomie und die extreme Konzentration der Marktmacht einzelner Akteure war 2005 nicht absehbar bzw. prägend. Die Notwendigkeit, sogenannte "public digital goods" und die Rolle demokratischer Kräfte zu stärken, ist noch relevanter als sie 2005 bereits war. Der Global Digital Compact und nächstes Jahr stattfindende Summit of the Future sollten als Chance verstanden werden die Chance, die Erkenntnisse und Errungenschaften des WSIS in heutige Kontexte zu übersetzen und zu aktualisieren. Dabei sollten Multi-Stakeholderansätze wie der IGF in Hinblick auf ihre Wirksamkeit weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft sollte dabei werden. Hierzu sollte Deutschland Reisemittel zur Verfügung stellen (so bereits im Koalitionsvertrag versprochen), in Form eines Fonds für die Beteiligung der deutschen Zivilgesellschaft aber auch darüber hinaus Unterstützung für die Teilnahme der Zivilgesellschaften aus anderen Ländern anbieten.

8) Was sollte Deutschland bei der Gestaltung seiner internationalen Digitalpolitik mit Blick auf die internationale Auswirkung von nationalen Gesetzen auf

Machtverhältnisse, neue Abhängigkeiten, globale Gerechtigkeit und Deutschlands koloniales Erbe kritisch hinterfragen?

Die globale, digitale Transformation sollte nicht zu neuen Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Ländern und Regionen dieser Welt führen, tut dies aber in vielerlei Hinsicht. Derzeit sind Entwicklungsländer Spielball im geopolitischen Kampf um die technologische Vorherrschaft zwischen den USA und China. Seitens der USA und anderer westlicher Technologieexporteure wird z.B. davor gewarnt chinesische Lösungen einzusetzen, die aber oftmals wesentlich günstiger sind. Europa hat derzeit keine Alternative zu den Angeboten der USA oder Chinas. Die europäische internationale Zusammenarbeit muss sich mit dieser aktuellen Situation und der künftigen Rolle Europas auseinandersetzen und anfangen, alternative Angebote in Kooperation mit Ländern des Globalen Südens zu entwickeln, die im Gegensatz zu denen anderer nicht auf Daten- und Ressourcenausbeutung oder die Schaffung von Lock-In Effekten und neuen Abhängigkeiten basiert.

Hierzu gehört die Unterstützung von Rahmenbedingungen, welche die Entwicklung lokaler Lösungen und Digitalwirtschaften unterstützt, nicht wie im oben genannten Beispiel zu e-Commerce und Handelsabkommen. Statt auf das Aufkrotzen von Policies zu setzen, sollte sich Deutschland für die Gestaltung von Policy Dialoge einsetzen, die einen konstruktiven Austausch ermöglichen, aber dabei keine Blaupause für Werte anderen auferlegen.

Länder müssen selbst entscheiden können, welche Lösungen den Anforderungen und Bedürfnissen ihrer Bevölkerung gerecht werden, einschließlich der ärmsten Menschen. Was wir heute erleben, ist ein Mangel an Autonomie bei der Wahl der billigsten, nachhaltigsten oder effektivsten Lösung aufgrund politischer Prozesse. Deshalb sollten die Akteure der internationalen Zusammenarbeit dazu Stellung nehmen: Länder, die bei der Entwicklung und Bereitstellung bestimmter Technologien führend sind, sollten Entwicklungsländer nicht unter Druck setzen, sie dazu zwingen, sich für einen Anbieter zu entscheiden oder technologisch Partei ergreifen, wie im Falle von 5G geschehen und es in Zukunft bei Mikroprozessoren, Hardware oder Software vorkommen könnte. Eine gute Entwicklungspolitik sollte die Neutralität in Bezug auf digitale Hardware, Software und Dienstleistungen gewährleisten. Neutralitätsvereinbarungen könnten helfen klare Position einzunehmen.

Zusätzlich sollte die deutsche internationale Zusammenarbeit stärker die Förderung von neueren Technologien und ihre Konsequenzen untersuchen. Besonders biometrische oder andere Technologien zu fördern, die sehr leicht zur Überwachung von Bürger*innen genutzt werden können, sollten nicht gefördert werden. (z.B. Afghanistan

und biometrische Datenbanken, die mit Hilfe Deutschlands gesammelt wurden und nun von den Taliban zur Unterdrückung genutzt werden können). Eine umfassende Folgenabschätzung hätte dies verhindern können. Zahlreiche weitere Projekte mit biometrischen Daten werden derzeit unterstützt, die ähnlich schwerwiegende Folgen haben und zur Unterdrückung der Bevölkerung genutzt werden können.

Eine wertegetriebene internationale Digitalpolitik muss den gleichen Werten auch im Ausland folgen. Dazu gehört sich für faire Arbeitsstandards auf der ganzen Welt einzusetzen und keine Absenkung von Rechten in Kauf zu nehmen, z.B. Armutsbekämpfung gegen Datenschutz oder Überwachungsfreiheit auszuspielen.

9) Wie werden digitalpolitische Instrumente derzeit von Staaten als Mittel der Unterdrückung missbraucht (z.B. Internet Shutdowns), welche Entwicklung beobachten wir in diesem Zusammenhang und wie können und sollten die EU und Deutschland effektiv dagegen vorgehen?

Der Begriff "Digital Shrinking Spaces" bezieht sich auf den Prozess, bei dem digitale Räume und Plattformen eingeschränkt oder zensiert werden, was die freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen behindert. Dieser Trend ist global zu beobachten und betrifft Bürger-/innen, Organisationen und Aktivist/-innen auf der ganzen Welt in ihrer Nutzung digitaler Medien und Applikationen, z.B. die Nutzung von Menstruations-Apps in den USA nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gegen Roe vs. Wade.

Eine der Herausforderungen für den globalen Süden ist die Dominanz zentralisierter Internet-Infrastrukturen. Viele Länder sind stark auf eine begrenzte Anzahl internationaler Internet-Gateways angewiesen, was zu Engpässen, höherer Latenz und erhöhter Anfälligkeit für Cyber-Bedrohungen führen kann. Eine zentralisierte Kontrolle des Internetzugangs kann auch zu Zensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit führen. Internet-Shutdowns sind eine der eklatantesten Manifestationen des Digital Shrinking Spaces. Sie bezeichnen das bewusste Abschalten oder Beschränken des Internetzugangs in einem bestimmten Land oder einer Region. Solche Maßnahmen werden oft von Regierungen als Reaktion auf politische Unruhen, Proteste oder als Mittel der sozialen Kontrolle, beispielsweise während der nationalen Wahlen, eingesetzt. Ein drastisches Beispiel ist der [Fall von Äthiopien](#) im Jahr 2020, als in der Region Tigray die Spannungen zwischen der Abiy-Regierung und der Tigray-Regionalpartei (TPLF) zu einem Bürgerkrieg eskalierten.

Ein weiteres Beispiel für die Verengung digitaler Räume ist die in einigen afrikanischen Ländern eingeführte Steuer zur Nutzung der Sozialen Medien. Uganda ist ein prominentes Beispiel für die Einführung einer solchen Steuer im Jahr 2018. Die Social

Media-Steuer in Uganda verlangte von den Bürger*innen eine Gebühr, um auf Plattformen wie WhatsApp, Facebook und Twitter zugreifen zu können. Die Regierung argumentierte, dass die Steuer dazu dienen sollte, die Verbreitung von "Gerüchten" einzudämmen und den "Missbrauch" sozialer Medien zu kontrollieren. Die Auswirkungen waren jedoch weitreichend, da die große Einkommensschwäche in der Bevölkerung dazu führte, dass viele Menschen den Zugang zu wichtigen Informationsquellen und Kommunikationskanälen verloren, was ihre Meinungsfreiheit und politische Partizipation einschränkt.

Es gibt unterschiedliche Maßnahmen, die hiergegen ergriffen werden können. Die Stärkung dezentraler Infrastrukturen, insbesondere lokaler Netzwerke, sogenannter Community Wireless Netzwerke, sowie anderer lokaler Netzwerklösungen ist eine zentrale Maßnahme. Es gibt unterschiedliche Organisationen, die sich weltweit oder auf Landesebene für den Ausbau solcher Netzwerke einsetzen, wie zum Beispiel die [Association of Progressive Communication](#). Aktuell zeigt sich im Ukraine-Krieg die gleichzeitige Notwendigkeit für verfügbare, extraterrestrischen Internetinfrastrukturen und die Gefahr, die darin liegt, wenn solche Infrastrukturen, in der Hand eines Einzelnen liegen (vor allem in der von Elon Musk).

Des Weiteren können biometrische Daten leicht zur Unterdrückung der Bevölkerung missbraucht werden und sollten nicht von Deutschland gefördert werden. (Beispiele, siehe Antwort zu Frage Nr. 8: biometrische Datenbanken in Afghanistan, chinesische Überwachungsmechanismen durch biometrische Daten oder das indische Aadhaar-System).

10) Welche Wechselwirkung besteht zwischen nationaler und internationaler Digitalpolitik, welcher Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang digitaler Außenpolitik zu und welche Aspekte sollte Deutschland noch weiter ausbauen?

Internationale und nationale Digitalpolitik verstärken sich im Idealfall gegenseitig. Gute Ansätze wie die Digital Public Goods Alliance der UN sollten an Bedeutung gewinnen, indem man bei nationalen öffentlichen Ausschreibungen bei passenden IT-Projekten eine Zertifizierung der Ergebnisse in der DPG Registry (siehe: <https://digitalpublicgoods.net/registry>) vorschreibt oder Lösungen, die mit Daten daraus arbeiten, Vorrang einräumt. Ohne entsprechende gesetzliche Vorgaben auf nationaler Ebene, sind diese UN-Initiativen eher Symbolpolitik und haben wenig praktische Auswirkungen.

Von Deutschland und Europa geht eine Signalwirkung aus, insbesondere was die rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Transformation angeht. Andere Länder orientieren sich an Gesetzesmaßnahmen wie dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder

auf europäischer Ebene der DSGVO. Alle Versuche, Rechte aufzuweichen oder gegeneinander auszuspielen (Stichwort Vorratsdatenspeicherung), können dementsprechend auch negative Signalwirkungen. Daher gilt es bei uns damit zu beginnen menschenrechtsbasierte und bürgerrechtliche Ansätze ausgebaut werden, die Bürger*innen stärker vor Missbrauch schützen und Ansätze hierfür in offenen Policy-Dialogen zu teilen. Wir können mit positiven Beispielen zur digitalen Teilhabe, zur gemeinwohlorientierten Digitalisierung und zur Verschränkung von Nachhaltigkeits- und Digitalisierungszielen international inspirieren.

Unser Verbrauch von Ressourcen und Energie betrifft den Rest der Welt. Wir leben in einer Welt mit endlichen Ressourcen. Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft sollte global gedacht werden, hierzu sind Open Source Technologien eine zentral wichtige Grundlage. Siehe hierzu auch Antwort auf Frage Nr. 17. zum Thema Kreislaufwirtschaft und Ressourcenfragen.

Ein wesentlicher Beitrag, den Deutschland machen kann, ist endlich die Forderung "[Public Money, Public Code](#)" umzusetzen. Das betrifft Software, Daten der öffentlichen Verwaltung (Open Data), freies Wissen und offene Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) gleichermaßen. Des Weiteren sollen öffentliche Gelder für digitale Werkzeuge ausschließlich in offenen Verfahren (Open Contracting) vergeben werden. Hierdurch könnte Deutschland nicht nur mit guten Beispiel vorangehen, sondern zum Aufbau einer globalen Wissensallmende beitragen.

11) Welche politischen Querschnittsfelder sind bei der Erarbeitung einer Strategie für internationale Digitalpolitik von Seiten der Bundesregierung zu beachten?

Zu den relevantesten Querschnittsfeldern gehören die Themen Klima und Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, und Feminismus.

12) Wie kann die Bundesregierung die operative Umsetzung einer Strategie für internationale Digitalpolitik in der Praxis auch gewährleisten (bitte um Nennung spezifischer Instrumente/Methoden)?

Die Bundesregierung sollte neue Strategien für eine internationale Digitalpolitik mit praktischen Maßnahmen begleiten, hierzu sollten folgende Instrumente gehören der Aufbau resilienter, digitaler Strukturen, zum Beispiel durch die kollaborative Entwicklung von Policy-Frameworks, Infrastrukturen und Datenräumen sowie durch offene Wissensressourcen.

Die Förderung von "[Digital Public Goods](#)" oder gemeinwohlorientierter Digitalisierung sollte eine zentrale Rolle spielen. Konkrete Maßnahmen könnten zum Beispiel ein

“Prototype Fund” Spin-off sein sowie die Einrichtung eines [“Open Technology Fund” \(OTF\)](#) Europe, die internationale Teams und Entwicklungen fördern. (Siehe auch Antwort 4) Des Weiteren könnte eine Förderung mit neuen Beteiligten wie der „Open Infrastructure Alliance“ durchgeführt werden. Die Idee von „Digital Public Goods“ ist auch recht prominent in der [Roadmap des UN-Generalsekretärs](#) und in der vorhergehenden Diskussion vertreten. In diesem Kontext wurde auch diskutiert, wie Strukturen gefördert werden können, die die langfristige Wertschöpfung vor Ort sichern – sowohl in Bezug auf Abhängigkeiten von kommerziellen internationalen Plattformen als auch auf die lokalen Innovationen auf Basis offener Ressourcen. Es gibt eine Vielzahl von Plattformen und Initiativen zur Bereitstellung von offenen, entwicklungsrelevanten Wissensressourcen, wie z.B. [Appropedia](#) und das [Open Source Ecology Collective](#). Anstelle von Acceleratoren und Wettbewerben sollten Initiativen wie diese in ihrer Skalierung, Anwendung und Ausbau gefördert sowie offene Bildungsangebote etabliert werden, wie beispielsweise durch [“Open Educational Resources”](#). Das setzen auf offene Ressourcen ist auch im Kontext der Verbindung von digitaler und grüner Transformation als politisches Leitbild zu sehen.

Die Förderung von lokaler Infrastruktur, Digital Innovation Hubs und offenen Werkstätten kann über Netzwerkorganisationen erfolgen und sollte mit klaren Kriterien (Offenheit, Inklusivität) insbesondere existierende lokale Initiativen unterstützen und nicht nur neue eigene Hubs im Leuchtturm-Modell aufbauen.

Als Instrumente mit großer Hebelwirkung haben sich in der Vergangenheit entsprechende Vorgaben im Beschaffungswesen gezeigt. Wenn hier entsprechende Vorgaben gemacht werden, dann erfolgt automatisch auch ein zusätzlicher Geldfluss in Richtung Digital Public Goods bzw. Open Source. Auch die Barrierefreiheit von entwickelter Software oder Webseiten sollte verpflichtender Bestandteil der Beschaffung und Vergaben sein, um Inklusion zu gewährleisten.

16) Wie bewerten die Sachverständigen das technologische Knowhow der Länder Afrikas im Digitalbereich, z. B. zu den Themen IT-Sicherheit oder KI-Anwendungen, und käme ein stärkerer Austausch zu diesen Themen in der Regel nicht eher einem einseitigen Technologieabfluss aus Deutschland gleich?

Wie eingangs erwähnt, stehen digitale Themen oft höher auf der politischen Agenda der afrikanischen Regierungen und Gesellschaften als in Deutschland. Während bei uns Technikskepsis unter vielen Bevölkerungsschichten weiterhin dominiert, gehen Menschen in afrikanischen Ländern oft mit mehr Offenheit und Begeisterung an digitale Themen heran, da sie auf die ökonomischen und sozialen Chancen setzen, statt nur die

Risiken zu fokussieren. So sind Länder wie Kenia schon führend in Sachen digitale Zahlensysteme gewesen, als sie bei uns noch Zukunftsmusik waren.

Nationale KI-Initiativen gewinnen zunehmend an Bedeutung auf dem afrikanischen Kontinent. Zu den Pionieren gehören Ägypten, Mauritius und Ruanda, die als erste Länder auf dem Kontinent nationale KI-Strategien verabschiedet haben. Darüber hinaus haben Länder wie Südafrika, Tunesien, Uganda, Kenia und Nigeria jeweils eigene Maßnahmen zur Förderung von maschinellem Lernen und Datenrichtlinien entwickelt. Fast überall arbeiten spezielle Kommissionen oder Taskforces an diesen Initiativen. In Nigeria und Tunesien laufen derzeit Konsultationen zur Entwicklung von umfassenden KI-Strategien. Doch das sind bei weitem nicht die einzigen Länder, die sich aktiv mit diesem Thema befassen, wie Tshilidzi Marwala, Vizerektor der Universität Johannesburg, betont. Sambia und Botswana gehören ebenfalls zu den Vorreitern in diesem Bereich, und am 19. Januar hat auch Benin ein Programm im Wert von 7 Millionen Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren eingeführt. Viele unterschiedliche Akteure entwickeln Lösungen oder erforschen Fragestellungen, auch aus der Zivilgesellschaft wie z.B. der [Lawyers Hub](#) in Kenia. Anwendungs- bzw. Forschungsgebiete für KI in Afrika sind ebenso breit bzw. sektorübergreifend wie in Europa. In vielen Sektoren gibt es gute Ansätze für kollaborative KI-Projekte, insbesondere im Bereich Klima- oder Artenschutz und Gesundheitsförderung, von denen alle Seiten profitieren.

Digitale Güter, insbesondere Daten und Open Source Anwendungen, können ohne Verluste geteilt, skaliert und ausgebaut werden, dementsprechend ist es irreführend, von einem Technologieabfluss zu sprechen.

17) Wie könnte eine internationale Digitalpolitik von Deutschland dazu beitragen, dem Ziel einer gerechten sowie inklusiven globalen digitalen Transformation näher zu kommen und dafür auch globale Kooperationen auf der Basis von Augenhöhe und Offenheit (z.B. digitale Commons) zu stärken, mehr Vielfalt bei Innovationsprozessen und der Herstellung von Technologie zu erreichen und welche Rolle könnte dabei insbesondere die Unterstützung offener und nachhaltiger technologischer Lösungen spielen, einschließlich solcher, die z.B. durch Graswurzel-Innovator*innen im globalen Süden entstehen?

Es gibt unzählige Beispiele für (Grassroot)-Innovation aus anderen Ländern, von denen wir lernen können. Hierzu gehören High- und Low Tech Anwendungen – vom [Solartaxi aus Ghana](#), über Open Source Wasserentsalzung wie bei [LibreWater](#), bis hin zu den spezialisierten Enzymen, die im Biotechlab [Mboa Lab](#) in Kamerun für Biotechnologeanwendungen entwickelt werden und keine Kühlung brauchen. Viel

Inspiration kann auch aus den diversen Projekten zum recyceln und repurposing von elektronischem Abfall aus Europa gewonnen werden, z.B. wie Ernteroboter aus Elektroschrott entstehen. Solche Ansätze können wertvoll sein können, um zirkuläre Wirtschaftssysteme weiterzuentwickeln und zu verstehen, welche Auswirkungen europäische Policies wie die Right to Repair Direktive als Teil der neuen Verbraucherschutzagenda der EU global haben.

Innovationen werden überall auf der Welt entwickelt, aber sie haben nicht dieselben Chancen zu skalieren und an den Markt zu kommen. Es braucht andere Systemlogiken in den Innovationsförderungen, die das kreative Potential von Menschen in der ganzen Welt befähigen. Dazu gehört: Datenspeicherung und Datenteilung zwischen Forschungskoooperationspartnern gleichberechtigt gestalten, Open Data für gemeinwohlorientierte digitale Entwicklung und die Anwendung offener, freier Lizenzen zu fördern. Nach dem Prinzip: "Public Money, public code" sollte die Bundesregierung Förderung von Forschung und Innovation an Open Source Veröffentlichung der Ergebnisse knüpfen. In der EU ist dieser Ansatz bereits in einigen Bereichen implementiert. Nicht zuletzt bedarf es offene, freie Märkte, die nicht von der starken Machtkonzentration einzelner Plattformen und Anbieter geprägt sind. Hierfür sollte sich die Bundesregierung u.a. für eine starke Umsetzung des DMA und DSA einsetzen.

Außerdem braucht es Räume damit sich digitale Innovationen entwickeln und entfalten können - digitale und physische - die gemeinwohlorientierte Digitalisierung durch gemeinsame, kollaborative Zusammenarbeit ermöglichen: Öffentliche digitale Räume als sichere, anlasslose Treffpunkte stützen die "civic fabric" der globalen Gesellschaft. Sie ermöglichen Lern- und Emanzipationsprozesse, in denen Menschen unabhängig von einer Markt- und Konsumlogik Eigeninitiative entwickeln und Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Sie erlauben im Digitalen, was analog nur begrenzt möglich ist: grenzenlose Zusammenarbeit, Solidarität und unendlich teilbare Wissensressourcen. Die Gestaltung der digitalen Transformation muss gesellschaftliche Teilhabe und Gemeinwohl stärken - nicht primär wirtschaftliche Nutzung und staatliche Dienste. Wenn Staaten primär dem Wohl ihrer Bürger*innen verpflichtet sind, dann liegt es nahe, auch im Digitalen öffentliche, gemeinwohlorientierte Räume zu schaffen. Investitionen in Data Commons und digitale öffentliche Infrastruktur können hierfür nur ein Anfang sein. Des Weiteren sollten die Voraussetzungen für Digital Literacy überall auf der Welt geschaffen werden, um allen Menschen Teilhabe im Digitalen zu ermöglichen. Hierzu braucht es offene Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources) sowie umfassende Angebote und Unterstützung für Menschen aller Altersklassen.

Es gibt unzählige Beispiele, wie offene Hardware im Gesundheitsbereich während Covid Leben gerettet hat, einige davon finden sich in Form von offenen Bauplänen auf der Plattform [Careables.org](https://careables.org) wie z. B. Gesichtsschilder oder Aerosol Boxen. Der Aufbau von offenen Wissensressourcen und Zugängen zu digitalen Tools ist eine wichtige Aufgabe für das globale Gemeinwohl, hierzu gehören Zugang zu Daten, Hardware, dem Internet und anderen digitalen Ressourcen, die für gemeinwohlorientierte Zwecke genutzt werden können, wie z.B. Klimaschutz.

Digitale Transformation hat auch physische Dimensionen und braucht Orte, an denen Wissensaustausch und Netzwerkaufbau stattfinden kann. Sogenannte Digital Innovation Hubs bieten in vielen Ländern Zugänge zu digitalen Technologien und übernehmen wichtige Funktionen als Treffpunkt und Bildungsstätten. In Ländern, an denen Schulen und Universitäten praktische Lernmittel fehlen, kompensieren Innovation Hubs mit [Robotik](#) oder [IOT-Kursen](#). Solche Modelle gilt es zu stärken und zu unterstützen, ebenso wie die Zugänge in Schulen, Bibliotheken und anderen öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Einrichtungen. Auch hier gibt es viele Chancen Konzepte und Ansätze auszutauschen, denn Safe Spaces zu schaffen für Bürger*Innen digitale Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen, ist auch in Deutschland ein wichtiges Thema. Anders als in Entwicklungsländern geht es bei uns nicht nur um den Aufbau von Kompetenzen und sicheren Zugängen, sondern auch um die Akzeptanz digitaler Lösungen.

18) Welche Themen müsste eine internationale Digitalpolitik abdecken, um die wichtigsten Aspekte im Verhältnis von Globaler Norden und Globaler Süden mit Blick auf gerechte sowie inklusive globale digitale Transformation zu adressieren und jeweils (kurz) warum (z.B. Rohstoffförderung und deren Folgen, Marktkonzentrationen, Repräsentation in Daten und Inhalten, Normen/ Standards/ Governance, digitale Commons, Plattformarbeit, Teilhabe und Zugang zu Bildung/ Innovationsprozessen/ Connectivity, etc.)

Statt Menschen in Partnerländer als günstige [Click-Worker*Innen](#), Rohstoff- oder Datenlieferanten auszubeuten, sollten wir gemeinsam nachhaltige und faire Systeme bauen. Wie eingangs erwähnt, benötigt es hierfür ein Zusammendenken grüner und digitaler Transformationsprozesse. Kreislaufwirtschaft wird nur funktionieren, wenn das Recht auf Reparatur global garantiert wird und Open Source Schnittstellen etabliert sind, damit wir Geräte nicht neu bauen oder wieder auf einen anderen Kontinent transportieren, wenn sie kaputt gehen. Hierfür ist das Lieferkettengesetz ein wichtiges Instrument und andere Instrumente wie das Recht auf Reparatur oder der digitale Produktpass der EU können hierfür weiter ausgebaut werden.

Die vertikale Integration und Macht einzelner Big Tech Konzerne über bestimmte Märkte wirkt sich in vielen Ländern des Globalen Südens noch dramatischer aus als bei uns in Deutschland und Europa, auch wenn sie hier ebenso zu einem immer größer werdenden Problem wird. Diversität und Pluralität digitaler Dienste finden aufgrund des Sogs einzelnen Plattformen unter immer schwierigen Bedingungen statt. Dieses Phänomen haben Cory Doctorow und Rebecca McKinnon treffend in ihrem Buch: „[Chokepoint Capitalism](#)“ beschrieben. Dies behindert die Entwicklung lokaler Digitalwirtschaften. Deutschland und Europa gehen diese Problematik mit dem DSA und DMA zwar an, können aber noch viel mehr für die Eingrenzung dieser Marktkonzentrationen und die Förderung lokaler Alternativangebote tun. Auch hier wäre es ein Ansatz mehr gemeinsame Open Source Entwicklung zu fördern, z.B. in dem die Horizon Calls zu “[Past, present and future of democracies \(HORIZON-CL2-2024-DEMOCRACY-01\)](#)” globaler gestaltet und offen für Partner aus dem Globalen Süden geöffnet werden.

Deutschland kann eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Zugängen zu Standardisierungsgremien spielen und sich in diesen Gremien für plurale Entscheidungsverhältnisse einsetzen. Dazu gehört die Förderung der Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivist*innen an Multi-Stakeholder Prozessen. Des Weiteren sollte ein Austausch zu den in der EU entwickelten Ansätzen und Policy-Frameworks unterstützt werden. Die Entwicklung von beispielsweise Daten- oder KI-Prüfstandards, sowie die Förderung von Interoperabilität gewinnt zunehmend an Bedeutung für freie digitale Gesellschaften. Diese Themen werden auch für die Entwicklungszusammenarbeit zunehmend relevant, besonders im Sinne der Förderung digitaler Souveränität. Deutschland könnte zur Einführung von Maßnahmen zur Compliance mit Richtlinien der EU wie der DGSDVO beitragen und zur Entwicklung relevanter Policy-Frameworks beraten. Dies wird insbesondere mit Hinblick auf Themen wie Plattform- und KI-Regulierung ein zunehmend wichtiges Thema.

Infrastruktur schafft Abhängigkeiten mit weitreichenden wirtschaftlichen und auch politischen Folgen. Daher stellt sich die Frage, wie in diesem Zusammenhang ein ‘lokaler Ansatz’ aussehen kann und welche Rolle Entwicklungszusammenarbeit im Kontrast zu anderen Großprojekten spielt? Deutschland sollte seine Partnerländer als Verbündete und nicht als Markt sehen. Insgesamt sollten im Digitalen nicht dieselben ausbeuterischen Strukturen aufgebaut werden, wie in der analogen Welt. Partnerländer sind nicht als Datenquellen zu betrachten und personenbezogene Daten zu schützen. Es gilt unabhängige Dateninfrastrukturen, wie Datenzentren, Datenbanken, etc. und inklusive Datenerhebungen zu fördern, um weitere Kluft innerhalb von Ländern und Regionen zu vermeiden. Hierzu sollten kooperative Strukturen entwickelt werden. Sogenannte Data Spaces könnten genutzt werden, um gemeinsame Ressourcen für

gemeinwohlorientierte Innovationsförderung zu schaffen. Projekte wie die Cloud-Initiative Gaia-X sollten weitergedacht werden und Anknüpfungspunkte bieten, um andere einzubinden.

Ein zentral wichtiger Punkt zum Schluss: Dass Deutschland und Europa vor allem im IT-Bereich unter einem Fachkräftemangel leiden, ist schon lange klar und wird immer akuter. Dass wir hier nicht die Vorreiter in digitaler Innovation sind, sondern von inspirierenden Beispielen aus aller Welt lernen können. Darüber hinaus haben Europa und Deutschland ein Interesse an neuen Bündnispartnern im Zuge sich verschiebender, geopolitischer Allianzen, sowie im Kontext des europäischen Versuchs, einen regulativen, menschenrechtszentrierten Ansatz der Digitalisierung in Europa zu etablieren, der auch in andere Regionen der Welt ausstrahlt. Hierzu braucht es Gespräche, Begegnungen, Austausch und das Verständnis, dass uns Menschen aus anderen Ländern nicht immer nur unseren Wohlstand wegnehmen wollen, sondern einen wesentlichen Beitrag leisten können, diesen für zukünftige Generationen zu erhalten. Dazu gehört aber nicht nur, dass Deutsche nach Ghana, Kenia oder Ruanda fahren, sondern auch dass Innovator*innen z.B. aus afrikanischen Ländern auch nach Deutschland und Europa reisen können, um sich zu vernetzen und auch ihr Wissen an uns weiterzugeben, auch im Akteure der Zivilgesellschaft und Startups z.B. Innovation Hubs, Start Up Zentren und Makerspaces/Fablabs. Aktuell ist es sogar schwer, Visa für anerkannte Wissenschaftler*innen aus Entwicklungsländern z.B. für Konferenzen zu bekommen, für Nachwuchs-Innovator*innen ist das noch schwieriger, für junge Frauen umso mehr. Auch solche Phänomene führen zu einer Art hierarchischem Verhältnis ohne Augenhöhe, das den gegenseitigen Austausch behindert. (Zu über 10 Jahren Erfahrungen mit deutscher Visa-Politik bei der Einladung von Sprecher*innen zur re:publica: <https://konnektiv.de/impuls-2/warum-die-visapolitik-deutschlands-das-gegenteil-feministischer-ausenpolitik-ist/>)

Zur Autorin

Geraldine de Bastion ist Expertin für Digitalpolitik und internationale Zusammenarbeit. In den letzten 20 Jahren konzentrierte sich ihre Arbeit auf digitale Transformation und Entwicklungskooperation sowie Innovation und Nachhaltigkeit. Sie ist eine gefragte Beraterin und Sprecherin zur Auswirkungen von Technologie auf Gesellschaft und Politik. Geraldine verfügt über einen Hintergrund in Politikwissenschaften und langjähriger Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Aktivist*innen, Regierungen, Startups und NGOs auf der ganzen Welt.

Geraldine ist Gründerin und aktives Vorstandsmitglied des [Global Innovation Gathering](#) (GIG), einem internationalen Netzwerk von Innovation Hubs und digitalen

Innovator*innen. Sie ist außerdem Gründerin und Co-CEO der Beratungsagentur [Konnektiv](#). Seit 2012 ist sie Teil des Kuratorenteams der [re:publica](#), Europas größter Konferenz zum Thema Internet und Gesellschaft, und organisiert und kuratiert regelmäßig Veranstaltungen zu den Themen Politik und Digitalisierung. Im Jahr 2018 organisierte sie die erste re:publica in Accra, Ghana, mit über 2000 Teilnehmer*innen und über 260 Redner*innen aus ganz Afrika. Ebenso im Jahr 2018 verfasste und moderierte sie die ARTE-Dokumentation "Digital Africa".

Geraldine de Bastion war von 2019-2023 Mitglied des [BMBF Zukunftskreises](#). Außerdem wurde sie von der Stadt Berlin als Mitglied des [City Lab Beirats](#) und als Mitglied des [Berliner Smart City Strategiebeirats](#) benannt. Geraldine ist Teil des [Ausschusses für Entwicklungsdienst und Humanitäre Hilfe](#) (AEDHH) bei Brot für die Welt und im Stiftungsrat der Zentralen und Landesbibliotheken Berlin sowie im Beirat der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

<https://konnektiv.de/person/geraldine/>